
Europa und der Westen

Lord Ralf Dahrendorf*

Herr Dekan,
Herr Professor Stein,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Es sind genau in diesen Tagen 49 Jahre, daß ich als Assistent an die Universität des Saarlandes kam. Der Rektor war damals *Jean-François Angelloz*, der Germanist, und in meinem Fach war der Ordinarius ein Mann, der von einer polnischen Mutter und einem französischen Vater in Berlin geboren war, in Belgien aufwuchs und während seiner Dienstzeit an der Universität des Saarlandes eine britische Kollegin heiratete, *Georges Goriely* – ein wahrer Europäer mit anderen Worten!

Ich fange mit dieser Geschichte an, weil sie mich hinführt zu der Frage, mit der ich mich in meinem Referat beschäftigen möchte, nämlich der Frage: Europa und der Westen, aber genau genommen der Frage: Warum ist eigentlich die europäische Integration wünschenswert? Damals im Jahre 1954 war Europa hier im Lande ein durchaus problematischer Begriff. Er bedeutete nämlich für viele, daß das Saarland eigentlich nicht zu der damals fünf Jahre alten Bundesrepublik Deutschland gehören könne. Er bedeutete, daß es damals eigenständiges Mitglied des Europarates war und auf dem Weg zu einem schwierigen, nie ganz klaren Status als eigenständiges europäisches Territorium. Aufgrund der Verabredungen zwischen *Konrad Adenauer* und *Pierre Mendès France* wurde zur endgültigen Entscheidung im Saarland eine Volksabstimmung vorgesehen. Aber mein erstes Jahr hier war eigentlich beherrscht durch höchst komplizierte Diskussionen über das Verhältnis von Nation und Europa zwischen denen, die wollten, daß das Saarland ein deutsches Bundesland wird, und denjenigen, die – aus welchen Gründen auch immer – einen europäischen Weg gehen wollten, der eine Abkehr von Deutschland bedeutet hätte. Es gab, wie viele von Ihnen sicher wissen, zwei Parteien bei den Christdemokraten, eine europäische Christliche Volkspartei, geführt von dem Ministerpräsidenten des Saarlandes, *Johannes Hoffmann*, und eine CDU; es gab eine Sozialdemokratische Partei Saar und eine Deutsche Sozialdemokratische Partei, und es

* Lord Dahrendorf, Mitglied des britischen Oberhauses. Der Beitrag ist die überarbeitete Fassung des Festvortrages zur Eröffnung des Studienjahres 2003/04 am Europa-Institut der Universität des Saarlandes vom 20. Oktober 2003. Der Vortragsstil wurde beibehalten.

gab eine sehr betont nationale Demokratische Partei Saar. Wir Assistenten waren der Meinung, daß da eigentlich etwas fehlte. Es fehlte nämlich eine Partei, die liberal, europäisch, aber nicht für die Art von Europa war, das vertreten wurde durch die regierende CVP. Wir fingen daher an, hier eine eigene Partei zu gründen, die eine typische intellektuelle Idee war, um das Ideale herauszuholen aus allen Positionen. Glücklicherweise ist das Unternehmen nie über den Ortsverein hier oben an der Universität hinaus gediehen. Denn das war nun genau die Position, die eigentlich nicht geht, daß man sagt: wir sind europäisch, aber wir sind auch deutsch, und im Übrigen sind wir auch liberal, und alles was sonst noch gut ist, soll auch noch Ziel dieser Partei sein, und damit ist sie eigentlich die große Volkspartei. Sie hätte sicher nicht mehr als – ich weiß nicht wieviele Assistenten es damals gab – sagen wir zweihundert Stimmen im Saarland erhalten. Aber ich erinnere an die Situation, weil sie eine sehr kritische Situation für das Verständnis des Europas war, das nach dem Kriege gebaut wurde und gerade hier gebaut wurde. Ich bin im Nachhinein der Meinung, daß nicht nur die Volksabstimmung im Saarland, sondern vor allem die unmittelbare und einschränkungslose Anerkennung ihres Ergebnisses eines der wichtigen Ereignisse auf dem Weg der europäischen Einigung nach dem Krieg gewesen ist. Diese Anerkennung war damals nicht sicher, denn es gab manche Gerüchte, daß Frankreich das Ergebnis nicht akzeptieren würde und daß sonst mancherlei Mißliches geschehen könnte. Statt dessen – wenn ich das mit sanfter Polemik sagen darf – ist die Integration des Saarlandes zu einem Modell der Wiedervereinigung entwickelt worden, nicht über Nacht, sondern über eine ganze Reihe von Jahren hin, allmählich und mit, wie ich meine, beträchtlichem Erfolg. Aber das ist hier nicht meine entscheidende These. Meine These hier ist, daß das Saarland als Teil der Bundesrepublik aufgrund einer Volksabstimmung eine europäische Haltung gezeigt hat, wie auch die Beteiligten, in diesem Fall, insbesondere Frankreich, die fundamental anders war als die Haltung der vorausgehenden 150 Jahre. Da wurde deutlich, was sich ja schon anbahnte in dieser Nachkriegszeit: daß wir das Ende einer Epoche der europäischen Kriege erreicht hatten. Und ich würde bis heute sagen, daß das Ende einer Epoche der europäischen Kriege eine der großen und nachhaltigen Leistungen des europäischen Integrationsprozesses ist. Auch heute noch sollte man das im Sinn behalten.

Ich bin – wie Herr Professor Stein angedeutet hat – nachdem ich längere Zeit jenseits des Kanals lebe, nicht ganz so blauäugig, was europäische Dinge betrifft, wie mancher auf dem europäischen Kontinent. In der Tat halte ich es nicht für ausgeschlossen, daß Mitgliedstaaten der Europäischen Union in ihrem Verhältnis zu dritten Ländern sehr unterschiedliche Positionen beziehen, so unterschiedliche, daß es an die Grenzen der Feindseligkeit gerät. Ich glaube, daß wir im Fall Kroatiens ganz nahe daran waren, auf beiden Seiten eines Krieges im Balkan, auf der einen französische und auf der anderen deutsche Söldner zu sehen. Ich bin also nicht der Meinung, daß alle Feindseligkeiten verschwunden sind, nachdem es diese Nachkriegsentwicklung gegeben hat. Aber es hat doch einen ganz entscheidenden und großen Schritt voran gegeben und einen, den wir nicht vergessen dürfen.

Das Zweite, was dann folgte, war die Schaffung von Bedingungen des Wohlstandes in den Mitgliedstaaten der späteren Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Europäischen Gemeinschaft, der Europäischen Union. Auch das ist eine ganz große Leistung. Gerade weil ich in manchem kritisch bin, betone ich gerne und vor allem in Deutschland, wo man diese Leistungen gerne unterschätzt: Der Gemeinsame Markt, und später der Binnenmarkt, ist eine Errungenschaft fast sondergleichen, eine Errungenschaft von viel größerer Bedeutung als die meisten meinen, vor allem diejenigen, die manchmal sagen Europa sei „nur“ eine große Freihandelszone, wir wollen doch mehr. Neulich hat mir ein befreundeter amerikanischer Jurist gesagt, die größte Zahl der dem Bund in den letzten 200 Jahren in Amerika zugekommenen Rechte, beruhte auf dem Verfassungsartikel über *Interstate Commerce*, auf der Notwendigkeit der Handelsbeziehungen zwischen den Staaten der Vereinigten Staaten, nicht auf irgendwelchen großen Floskeln. Erst durch die Interpretation des Binnenmarktes – wenn man so will – haben Entwicklungen stattgefunden, die dann zu den Vereinigten Staaten geführt haben, wie wir sie heute kennen. Der Abschied von einer Epoche der Kriege und die Schaffung von Bedingungen des Wohlstandes sind die großen Errungenschaften Europas. Dazu kam dann der Kalte Krieg, also die Tatsache, daß es in Europa, aber auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs, eine Welt der Unfreiheit gab, die bedrohlich war und zu der über Jahrzehnte hin eine angespannte Beziehung des potenziellen Krieges bestand. Das ist die Zeit, in der etwas entstand, was Europa betrifft, was ich manchmal – vielleicht etwas paradoxerweise angesichts des Kalten Krieges – als die „russische Puppe“ beschreibe, die man auseinander nimmt und wo im Kleinformal immer nochmal dasselbe herauskommt: Ganz drinnen ein Deutschland, das zum ersten Mal in seiner Geschichte eine gelingende, liberale Ordnung zustande brachte, ein Deutschland, das sich – verglichen mit Weimar – fundamental verändert hatte, in dem die Demokratie nicht mehr in Gefahr war, auch wenn manche von uns in den sechziger Jahren immer wieder argumentiert haben, daß es noch nötig ist, die Demokratie dadurch unter Beweis zu stellen, daß es einen Regierungswechsel auf dem normalen, nicht gewaltsamen, demokratischen Wege gibt. Deutschland also als gelingende liberale Ordnung.

Dann die nächste Puppe, die deutsch-französische Aussöhnung – wenn man so will: die deutsch-französische Freundschaft – als Inbegriff des friedlich gewordenen Europa und gleichzeitig als Motor der europäischen Integration.

Danach die dritte Puppe, die wachsende Zahl von europäischen Institutionen, die nicht alle gelungen sind, von denen manche ihre Kernaufgabe am Ende nicht erfüllen konnten, aber dafür andere um so besser erfüllten. Ich denke an den Europarat, der ja als politische Konstruktion gedacht war, der aber für uns vor allem durch die Menschenrechtskonvention und ihre systematische, nachhaltig erfolgreiche Anwendung von Bedeutung ist. Weiter die EWG, später Europäische Gemeinschaft und Europäische Union, und das alles in die vierte Puppe eingebettet, eine Verteidigungsgemeinschaft der nordatlantischen Länder, auf diese Weise das

Hereinbringen der Vereinigten Staaten von Amerika. Nicht zu vergessen ist dabei eine Institution, die ich bewußt erwähne, weil ich gleich noch einmal ausführlich darauf zu sprechen kommen werde, weil sie noch umfassender ist: die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD, also die internationale Organisation, die die Marktwirtschaft und insofern die freien Länder der ganzen Welt miteinander vereint. Sie hatte eine Zeitlang, jedenfalls im unmittelbaren Anschluß an den Marshall-Plan, eine zentrale Bedeutung für Europa und wurde später dann zu einer großen, aber nicht unwichtigen Bindung von Völkern, die grundsätzlich eine gemeinsame Position in wirtschaftlichen Fragen einnahmen. All diese Einrichtungen – das ist ja der Witz der russischen Puppe – haben dasselbe Gesicht, und dieses Gesicht war der Westen: Demokratie, Marktwirtschaft, Bürgergesellschaft, eine politische Ordnung, die den Wandel ohne Gewalt gestattet, eine wirtschaftliche Ordnung, die auf Initiative und freiem Spielraum und Grundregeln, die immer dazu gehört haben, basiert, und eine Gesellschaft, die es Menschen erlaubt, ihr Leben ohne ständige Gängelung durch den Staat zu leben, kurzum eine Gesellschaft der Bürger.

Ich habe einmal ein Buch über Amerika geschrieben, dem ich den Titel „Die Angewandte Aufklärung“ gegeben habe. „Angewandte Aufklärung“ ist eine ganz gute Definition dessen, was ich als den Westen begreife, also eine Position, die vertraut auf die Mündigkeit von Bürgern, von Menschen, und die dieses Vertrauen umsetzt in Institutionen, in denen diese Mündigkeit gefördert wird.

Dann kam 1989, und für mich, wenn ich auf mein Leben zurückblicke, ist 1989 das große befreiende Ereignis, wobei nur das Jahr 1945 für mich eine ähnliche Bedeutung hatte, da mein Vater im Zuchthaus war, und ich gerade aus dem Lager gekommen war. Aber mehr als 1945 ist 1989 der Moment der Offenheit, der Öffnung, der europäischen offenen Gesellschaft. Kein Zufall, daß Poppers großes Buch, „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ eigentlich mehr bewirkt hat 1989 und in der Zeit danach als zu der Zeit, zu der es geschrieben wurde, also 1944/45. Vielleicht war auch 1945 die größte Sorge der Menschen eine gewisse Sicherheit und eine verlässliche Wirtschaftsentwicklung, aber nach 1989 war das die Freiheit, die Reisefreiheit und die Presse- und Redefreiheit, die politische Freiheit, die wirtschaftliche Freiheit, die Bürgergesellschaft. Das bedeutete für Europa die Chance der Erweiterung, und zu dem Loblied Europas, das ich singen würde, gehört auch dieser Prozeß der Erweiterung. Was im nächsten Jahr, am 1. Mai 2004 geschieht, sehe ich auf derselben Ebene des außerordentlichen Erfolgs, auf der ich den Frieden zwischen den europäischen Ländern und die gemeinsamen Grundlagen des Wohlstandes sehe. Diese Erweiterung ist eine große Leistung. Das organisierte Europa schließt fast das ganze Europa ein, aber die russische Puppe, von der ich sprach, die ist bei alledem irgendwie aus den Fugen geraten, denn ihre Bestandteile passen nicht mehr recht zusammen. Man kann heute nicht mehr so ohne Weiteres die Organisationen, so wie ich sie aufgezählt habe, von der liberalen Ordnung Deutschlands über die deutsch-französische Freundschaft hin zu NATO, euro-

päischen Institutionen und der OECD aufzählen und sagen, daß dies eine mit ihren Wertvorstellungen einheitliche Systematik von Organisationen ist.

Ich will nicht alle die einzelnen Elemente noch einmal erwähnen, die ich eben aufgezählt habe, aber zwei doch: Die deutsch-französische Beziehung hat nach meiner Meinung heute eine qualitativ andere Bedeutung als sie es vor 1989 hatte. In der Tat ist es nicht völlig abwegig, sie mit so einem Begriff wie dem ‚alten Europa‘ zu beschreiben. Ich weiß, das ist Herrn Rumsfelds Sprache, und Herrn Rumsfelds Sprache ist normalerweise nicht meine, aber es ist schon richtig, daß Deutschland und Frankreich Positionen vertreten, die nicht mehr so zentral für die Haltung der europäischen Völker und vor allem auch Regierungen sind, wie das einmal der Fall war. In der Tat, ich glaube nicht, daß Deutschland und Frankreich heute noch als Motor der europäischen Entwicklung beschrieben werden können. Sie sind beide eher defensiv, sie sind beide eher besorgt darum, daß bestimmte Errungenschaften der Vergangenheit verloren gehen; in gewisser Weise repräsentieren sie eher die Peripherie als das Zentrum. Die allgemeine Begeisterung hierzulande über die deutsche Haltung im Irak-Krieg hat vielleicht den Blick dafür getrübt, daß das innerhalb der Europäischen Union, zumindest was die Regierungen betrifft, eine Minderheitsposition war. Das galt vor allem nachdem zehn weitere Länder den Brief der Acht unterschrieben hatten, in dem sich acht Staaten darüber beklagten, daß Deutschland und Frankreich versuchten, den Eindruck zu erwecken, als sprächen sie für Europa, und bei der Gelegenheit übrigens einfach vergessen hatten, andere, wie Spanien, dazu einzuladen. Die deutsch-französische Position ist wichtig, aber sie ist weder das Zentrum der europäischen Dinge noch deren Motor. Europa bewegt sich in andere Richtungen, und das erweiterte, das – wenn man so will – vereinte Europa ab 2004 wird nach meiner Überzeugung eine ganz andere Gestalt haben als das Europa der vergangenen Jahrzehnte. Es wird stark bestimmt werden durch Länder, die geographisch an der Peripherie liegen mögen, die aber in ihrer Position durchaus im Zentrum eines neuen europäischen Bewußtseins liegen. Spanien und Polen sind zwei Beispiele für stolze, selbstbewußte Länder mit einer ziemlich klaren Position. Auch die NATO, die lange Zeit einigermaßen bruchlos in diese russische Puppe hinein paßte, ist jetzt schwer definierbar geworden. Jedenfalls paßt die Europäische Union nicht bruchlos in sie hinein. Die Diskussion, die gegenwärtig stattfindet über zumindest die Andeutung eines Hauptquartiers oder auch Anfänge einer europäischen militärischen Kapazität jenseits der NATO, ist ein Hinweis darauf, daß sich hier etwas verändert hat, was zu einer qualitativ neuen Situation geführt hat. Danach wird gleich die Frage gestellt: Gibt es denn den Westen überhaupt noch? Gibt es überhaupt noch dieses gemeinsame Gesicht der vielfältigen Institutionen in Europa? Hier ist etwas geschehen in den letzten Jahren – und in verstärktem Maße in diesem Jahr – was eine erstaunliche, vielleicht auch beunruhigende Entwicklung darstellt. Mehr und mehr Menschen haben angefangen, Europa im Kontrast zu den Vereinigten Staaten zu definieren. Mehr und mehr geben als Antwort auf die Frage „Warum brauchen wir denn die Europäische Integration?“ die Aussage: Wir brauchen sie, um ein Gegen-

gewicht gegen die einzige verbleibende Supermacht zu schaffen, wir brauchen sie, um (in Herrn Chiracs Worten) eine bipolare Welt, eine multipolare Welt zu schaffen; wir brauchen sie, um eine eigene Position in organisatorische, in institutionelle Gestalt zu bringen, die sich von der der Vereinigten Staaten unterscheidet. Diejenigen, die so argumentieren, betonen dabei vor allem zwei Dinge, wobei ich bewußt die berühmte Frage der kulturellen Unterschiede aus dem Spiel lasse. Sie betonen vor allem in diesem Jahr erstens den Unterschied zwischen einer internationalen Haltung, die im Kern auf multilaterale Organisationen und Entscheidungen setzt, und einer anderen Haltung, die einseitig und unter Gebrauch der eigenen Macht, international tätig wird. Dem wird oft etwas hinzugefügt, was der amerikanische Politologe *Joseph Nye* in die Begriffe *hard power* und *soft power* gefaßt hat. Das heißt, es wird hinzugefügt, daß Europa dadurch gekennzeichnet sei, daß seine Macht „weiche Macht“ ist, also nicht kriegerische, nicht militärische Macht. Es definiert seine Attraktivität in anderen Bereichen, vielleicht durch seine Entwicklungspolitik oder dergleichen mehr. Die Vereinigten Staaten dagegen verlassen sich eher stärker als früher auf harte Macht, auf militärische Macht. Dem Unterschied in der internationalen Haltung wird manchmal hinzugefügt, daß natürlich Europa auch versuchen muß, seine „harte“ Macht etwas besser zu entwickeln; und das steckt ja zum Teil in den Gesprächen über eine europäische Verteidigungspolitik. Das ist das eine. Der andere Unterschied zwischen Europa und Amerika, der gerne herangezogen wird, um eine Begründung für europäische Integration zu liefern, ist der Unterschied, wenn man so will, zwischen Kapitalismus pur und dem europäischen Sozialmodell, um gängige Phrasen zu verwenden, also der Unterschied zwischen einer Marktwirtschaft ohne ausgeprägtes soziales Bewußtsein und einer Sozialpolitik der Solidarität in Verbindung mit marktwirtschaftlichen Elementen. Diese beiden Unterscheidungen sollen dann hinführen zu einer spezifischen europäischen Rolle in der Welt. Ich halte das – und das ist die These, auf die meine Bemerkungen zulaufen – für einen verderblichen Weg. Erstens beruht dieser Weg auf einer falschen Beschreibung der Wirklichkeit. Es ist schlicht nicht wahr, daß Amerika nur die „harte Macht“ und Europa die „weiche Macht“ verkörpert. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind bis auf den heutigen Tag in aller Welt das attraktivste Einwanderungsland. Menschen, auch in Ländern, in denen es verbreitete antiamerikanische Demonstrationen gibt, würden als Individuen nichts lieber tun als ein amerikanisches Einwanderungsvisum bekommen und ein neues Leben dort beginnen, ein Leben, in dem sie frei sind von den vielen Bedrohungen und Bedrückungen ihrer eigenen Länder.

Im Übrigen gibt es viel mehr Variationen als diese einfachere Beschreibung deutlich macht, sowohl in Europa als auch in den Vereinigten Staaten. Schon weil sie es sich nicht leisten können, einen Wohlfahrtsstaat nach deutschem Muster zu schaffen, finden wir in vielen der nachkommunistischen Länder marktwirtschaftliche Ordnungen, die der amerikanischen näher sind als der sogenannten europäischen, und Amerika selbst ist ein Land mit erheblichen Unterschieden. Mit Unternehmen, die es mit jedem europäischen Unternehmen an sozialer Verant-

wortung aufnehmen können und mit ganzen Staaten im nördlichen mittleren Westen und auch sonst, in denen ein Klima des Wirtschaftens herrscht, das mit Kapitalismus pur sicher ganz unzulänglich beschrieben wird. Ohnehin kann man davon ausgehen, wenn man Amerika kennt, daß es ein Land ist, in dem es große Pendelbewegungen gibt, und in dem, wenn dann das Pendel einmal sehr weit in eine Richtung ausgeschlagen ist, die Kritik so stark wird, daß die Wahrscheinlichkeit sehr groß ist, daß es dann zu weit in die andere Richtung, zum Beispiel der Kontrolle der Einnahmen von Managern und Unternehmensleitern, umschlägt. Man kann also davon ausgehen, daß Europa und viele europäische Länder, sich langsamer bewegen. Natürlich gibt es in Europa auch in dieser Hinsicht große Variationen. Man denke nur an Großbritannien, das bekanntlich ja den Kanal für ungeheuer breit hält und den Atlantik umgangssprachlich als einen *pond* beschreibt, einen Dorfteich.

Zweitens: Der Versuch, eine gleichrangige Position auf welche Weise auch immer zu erringen, ist kostspielig und letzten Endes zur Erfolglosigkeit verdammt. Es ist schlicht nicht zu erkennen, wie Europa im Bereich der *hard power* wird große Fortschritte machen können und alles, was ich lese über gemeinsame Verteidigungspolitik, diskontiere ich sofort. Selbst Frankreich wird nicht in dem Maße sein Verteidigungsbudget erhöhen, in dem die Vereinigten Staaten das in diesen Jahren getan haben, und Deutschland schon gar nicht und viele andere europäische Länder auch nicht. Im Bereich der *soft power* gibt es ganz sicher eine Attraktivität europäischer Länder, sonst gäbe es keine Zuwanderung in dem Maße, wie wir sie hier haben. Wir sollten stolz darauf sein, daß wir sie haben, denn sie zeigt, daß das attraktive Länder sind. Trotzdem würde ich meinen, daß es ein ganz kostspieliger und letzten Endes erfolgloser Versuch wäre, darauf hinzuzielen, eine europäische Position der amerikanischen im Sinne einer Äquivalenz gegenüberzustellen.

Drittens und vor allem ist es unter keinem Aspekt wünschenswert, daß der Versuch gemacht wird, hier einen zweiten Pol zu schaffen, der sich definiert durch den Unterschied zu den Vereinigten Staaten, wenn nicht durch Gegnerschaft zu ihnen. Denn ein solcher zweiter Pol würde nicht nur unnötige Konflikte fast automatisch mit sich bringen, so wie die *balance of powers* es in Europa immer getan hat. Ein solcher zweiter Pol würde auch die große geistige Kraft der liberalen Ordnung oder derjenigen des Westens spalten und damit schwächen. Was wir brauchen, ist nach meiner Meinung nicht so sehr einen zweiten Pol wie einen Versuch, das, was uns politisch im weitesten Sinne verbindet, im Westen in eine organisatorische Form zu bringen. In der NATO ist das mehrfach versucht worden. Ich war selber einmal daran beteiligt, den Versuch zu machen, die NATO in ein soziales und politisches Instrument zu verwandeln: aber es ist immer schwer, Institutionen, die unter einem bestimmten Stern angetreten sind, unter andere Gestirne zu führen. Manchmal habe ich mir in letzter Zeit überlegt, ob wir nicht so etwas brauchen, wie eine OECD der Politik, eine Organisation für Politische

Kooperation und Entwicklung. Die Haltung einer solchen Organisation wäre für mich ein wichtigerer Test, ob ich bei der Einstellung zur Regime-Veränderung im Irak oder derartigen Fragen richtig oder schief liege, ein wichtigerer Test als eine Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen mit seiner zufälligen, und wie wir im letzten Frühjahr gesehen haben, mindestens zum Teil bestechlichen Zusammensetzung. Eine Organisation der liberalen Ordnung in dieser Welt also, die hilft, ihre Entwicklung zu stärken und ihre Wirkung zu entfalten, schiene mir viel sinnvoller als jeder Versuch einer Konkurrenz oder einer Multipolarität.

Für mich steht dahinter eine einfache These. Ich habe eine ganze Menge nachgedacht über Europa und bin in der Tat manchmal skeptisch. Ich bin besonders beunruhigt darüber, daß es nach wie vor diese enorme Lücke gibt zwischen den großen Reden über europäische Einheit und den tatsächlichen Aktionen der Europäischen Union. Ich meine, daß diese Lücke geschlossen werden muß. Aber wenn man mich heute fragt, warum eigentlich europäische Integration wünschenswert ist, dann würde ich sagen: Sie ist es, weil sie und wenn sie ein Schritt in Richtung auf eine weltweite Ordnung ist. Da ich kein Illusionist bin, würde ich diese These mit einem kantischen Vorbehalt formulieren: Es mag sein, daß es diese weltweite Ordnung so bald nicht, vielleicht nie, geben wird. Es ist trotzdem wichtig, nach Maximen zu handeln, die gedacht werden können als die Grundsätze einer weltweiten Ordnung, sich so zu verhalten, daß das, was man tut, im Prinzip verallgemeinerbar wäre und so auch aussehen könnte, vielleicht aussehen müßte, wenn wir den Schritt zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht schon getan hätten. Es hat ja in der quasi-philosophischen Diskussion der europäischen Haltung in diesem Jahr gelegentliche Bezüge auf *Immanuel Kant* gegeben. Nicht einer von denen, die diese Bezüge hergestellt haben, hat Kant wirklich gelesen. Die meisten haben nur den Titel der Schrift ‚Zum ewigen Frieden‘ zur Kenntnis genommen, und dabei nicht bemerkt, daß das ein ironischer Titel war. Kant hat nämlich ein holländisches Wirtshausschild, gesehen, das in der Nähe des Friedhofs angesiedelt war und wo ‚Zum ewigen Frieden‘ draufstand. Das, was Kant wirklich kennzeichnet, ist die These in seiner „Idee zu einer allgemeinen Geschichte“, daß wir uns heute schon so verhalten müßten, daß dieses Verhalten seine Geltung und sein moralisches Gewicht auch dann behalten würde, wenn es eine Weltordnung gäbe. Diese Weltordnung ist kein Arkadien, sie ist kein Paradies. Dank sei der Natur, sagt Kant, sogar für die Begierde zum Haben und auch zum Herrschen. Dank sei der Natur für die Lebendigkeit der Auseinandersetzung, wenn sie gezügelt wird und nicht in Gewalt ausartet. In diesem Sinne kann Europa ein ganz wichtiger Schritt in die richtige Richtung sein, aber nur, wenn zu dieser Maxime ohne den geringsten Zweifel die Haltung gehört, die sagt: Wir alle, die wir einer liberalen Ordnung verpflichtet sind, müssen uns an diese Maxime halten, und das Letzte, was wir tun müssen, ist einander bekämpfen, trennen oder in Blöcke einer multipolaren Welt auflösen. Europa, ein Schritt in die richtige Richtung als Vorgriff für eine Weltbürgergesellschaft, das scheint mir heute die tiefere Antwort auf die große Frage zu sein.